

Mit
herlichen Grüßen
gesendet
Ihr
Harald
Reinert

Sachsen und die Wettiner Chancen und Realitäten

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ

Dresden vom 27. bis 29. Juni 1989

Ausgerichtet von der
Forschungsgemeinschaft zur Kulturgeschichte
des Dresdner Raumes
beim Rat des Bezirkes Dresden,
Abteilung Kultur
unter Vorsitz von
Oberarchivrat Dr. sc. phil. Reiner Groß

EIGENVERLAG 1990
Kulturakademie des Bezirkes Dresden

- Seite 167 Karlheinz Blaschke
Die Bedeutung der Wettiner für die sächsische Kirchengeschichte
- Seite 174 Kurt Kranke
Marginalien zur Freimaurerbewegung in Sachsen
- Seite 181 Gerhard Arnhardt
Quellen für das schulreformerische Wirken des Kurfürsten August – seine Bildung und die höfische Erziehung
- Seite 185 Eberhard Wächter
Die Wettiner und die Formierung der Montanwissenschaften
- Seite 192 Werner Fläschendräger
„... unentwegte Fürsorge für die Perle unseres Landes“
Wettiner und Alma mater Lipsiensis. Einige themenbezogene Streiflichter aus 500 Jahren sächsischer Geschichte
- Seite 199 Rolf Sonnemann
Die Gründung der Technischen Bildungsanstalt zu Dresden – Chancen und Realitäten
- Seite 206 Volker Ruhland
Die Rolle der Wettiner in der kleinstaatlichen bürgerlichen Revolution 1830/31 in Sachsen
- Seite 215 Harald Steindl
Die erste Enquête zur sozialen Lage in Deutschland
Das Wirken der Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse im Königreiche Sachsen 1848–1850
- Seite 226 Waltraud Böhme
Zu den Kampfbedingungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Königreich Sachsen am Beginn der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts
- Seite 234 Hermann Rahne
Zur sächsischen Militärgeschichte
- Seite 242 Helmut Bräuer
Über die Anfänge der wettinischen Gewerbepolitik im 15. und 16. Jahrhundert

- Seite 249 Sieglinde Nickel
Die ersten Dresdner Manufakturen des Textilgewerbes und deren Förderung durch die Landesherren
- Seite 256 Klaus Hoffmann
Einrichtungen der ersten europäischen Porzellanmanufaktur in Dresden 1708 bis 1710 und deren Förderung durch August den Starken
- Seite 264 Gert Richter
Kontinuität und Wandlungen des „sächsischen Manchester“ im 19. Jahrhundert.
Inhaltliche Aspekte und neue Forschungsaufgaben. (Resümee)
- Seite 265 Werner Coblentz
Die Ausgrabungen auf dem Burgberg Meißen
- Seite 271 Walter May
Die wettinischen Schloßbauten des 15. und 16. Jahrhunderts und ihre Bedeutung
- Seite 278 Gerhard Glaser
Denkmalpflege an den Schlössern und Gräbern der Wettiner seit dem 2. Weltkrieg (Resümee)
- Seite 279 Heidrun Laudel/Kurt Milde
Die räumliche Dimension baulicher Planungen in der Regierungszeit Augusts des Starken
- Seite 291 Hellmut Lorenz
Die Baupolitik August des Starken im mitteleuropäischen Vergleich
- Seite 298 Monika Schlechte
HERCULES SAXONICUS – Versuch einer ikonographischen Deutung
- Seite 307 Helen Watanabe-O'Kelly
Das Damenringrennen – eine sächsische Erfindung?
- Seite 313 Heidrun Wozel
Umkehr der gesellschaftlichen Rangordnung?
Volkstümliche Motive in der Festgestaltung der Wettiner 1553–1733

Seite 321	Rainer Richter Die Grablegen der albertinischen Wettiner und ihrer Vorfahren
Seite 326	Reiner Groß Schlußwort
Seite 330	Personenregister
Seite 347	Autorenverzeichnis

Begrüßung und Eröffnung der Konferenz durch Dr. phil. Klaus Schumann

Mitglied des Rates des Bezirkes Dresden für Kultur

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein herzliches Willkommen – Ihnen, die Sie bereit waren, mit Beiträgen unsere wissenschaftliche Konferenz zu unterstützen, und Ihnen, die Sie als interessierte Zuhörer hierher ins Blockhaus gefunden haben. Ich darf Sie alle im Namen des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Dresden, GÜNTHER WITTECK, und im Auftrag des Vorsitzenden der „Forschungsgemeinschaft zur Kulturgeschichte des Dresdner Raumes“, Dr. REINER GROSS, herzlich begrüßen und uns gemeinsam zweieinhalb ertragreiche, aufregende und anregende Konferenztage wünschen. Den ausländischen Wissenschaftlern und den Gästen aus der Republik möchten wir darüber hinaus einen guten Eindruck von unserer Heimatstadt vermitteln.

Die Beachtung, die unsere Unternehmung offiziell erhält, wird durch die Teilnahme hochverehrter Freunde an unserer Tagung bestätigt.

Mit der heute beginnenden wissenschaftlichen Konferenz

„Sachsen und Wettiner – Chancen und Realitäten“

verbinden die Veranstalter die Absicht eines Versuchs, nämlich, das Wirken des wettinischen Geschlechtes in sächsischer Geschichte durch komplexere Betrachtungen einer historisch kritischen Wertung zu unterziehen.

Die 900. Wiederkehr der Belehnung des Wettiners Heinrich von Eilenburg mit der Markgrafschaft Meißen und der von da an ununterbrochenen politischen Machtausübung dieser Familie bis zur Novemberrevolution in Deutschland im Jahre 1918 ist der äußere Anlaß für unsere Einladung an Sie. Seit Jahren schon erscheinen in der Tagespresse und vor allem in der kulturgeschichtlichen Reihe der „Dresdner Hefte“ Einzeluntersuchungen zu unserem Thema. Mit der Ausarbeitung eines Diskussionsmaterials, dessen Titel der heutigen Konferenz auch den Namen und das Programm gab, haben wir versucht, unter Nutzung der von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften erarbeiteten „Sächsischen Geschichte“, die Leistungen der Wettiner

- 20 StAO, Hausarchiv Johann, Nr. 251a, Brief Nr. 62 vom 30. November 1830.
- 21 Vgl. Ruhland, V.: Der Dresdner Bürgerverein 1830/31 in: Wissenschaftliche Zeitschrift Pädagogische Hochschule Dresden, 17. Jahrgang 1983, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, S. 47ff.; Ruhland, V.: Bernhard Meißdorfs Verfassungsentwurf – einmaliges Dokument der Geistesgeschichte Dresden, in: Dresdner Hefte, H. 3, 1983, S. 45ff.
- 22 Vgl. hierzu: Ruhland, V.: Die Ereignisse am 17. und 18. April 1831 in Dresden und die Nieder-
- schlagung der bürgerlich-demokratischen Oppositionsbewegung durch die herrschende Klasse, in: Sächsische Heimatblätter, H. 1, 1983, S. 16ff.
- 23 Blaschke, K.: Die Wettiner. Thesen zur neunhundertjährigen Geschichte des ehemaligen Fürstenhauses In: SHB, H. 2, 1989, S. 70.
- 24 Engels, F.: Das kürzliche Gemetzel in Leipzig – Die deutsche Arbeiterbewegung. In: MEW, Bd. 2, S. 58f.
- 25 Blaschke, K.: Die Wettiner ..., a. a. O., S. 70.

Harald Steindl Die erste Enquête zur sozialen Lage in Deutschland

Das Wirken der Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse im Königreich Sachsen 1848–1850

Die Veranstaltung sogenannter „Enquêtes“ zu brennenden politischen Problemen gehört heute zu den selbstverständlichen parlamentarischen Gepflogenheiten. Zeugen und Sachverständige werden dabei von einer ad hoc gebildeten Kommission in aller Öffentlichkeit vernommen, und interessierte Kreise haben Gelegenheit, Mißstände anzuprangern, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und Reformvorschläge zu diskutieren.¹ Im Gegensatz zur Statistik ist das Enquêteverfahren nicht auf eine rein zahlenmäßige Erfassung der zu untersuchenden Massenerscheinung beschränkt. Aufklärungsbedürftige Details und exemplarische Erhebungen stehen im Vordergrund, um politische Bewertungen zu ermöglichen. Die publizierten Berichte und Protokolle fließen häufig in Gesetzgebungsarbeiten ein und verdienen deshalb die Aufmerksamkeit des Rechtshistorikers.

Dieses bedeutsame Instrument moderner Administration und parlamentarischer Kontrolle ist in England an der Wende zum 19. Jahrhundert entstanden. Beide Häuser des Parlaments und die Regierungsbehörden haben das Recht, Untersuchungen zur Gewinnung empirischen Materials anzustellen, breit genutzt. Das theoretische Rüstzeug lieferte JEREMY BENTHAM, der Begründer des sog. „Utilitarismus“, nach KARL MARX „ein Urphilister“ und „Genie in der bürgerlichen Dummheit“. Dessen Schüler CHADWICK, SOUTHWOOD SMITH, SENIOR und TOOKE waren maßgeblich an der „Royal Commission on Children's Employment“ sowie an der berühmt-berüchtigten „Poor Law Commission“ (1832–1834) beteiligt,² deren Recherchen die „authentischen Quellen“ für FRIEDRICH ENGELS aufrüttelnde Studie über die Lage der arbeitenden Klassen in England bildeten.

Obwohl die Paulskirchenverfassung von 1849 in Art. 99 dem Staaten- und Volkshaus „das Recht“ ... „der Erhebung von Tatsachen“ zuerkannt und Art. 82 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 beiden Kammern die Befugnis, „behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen“, verliehen hatte, kam es erst nach 1873 unter Einfluß des Vereins für Sozialpolitik zu einer Reihe bedeutender Enquêtes, etwa zur Eisenbahnspekulation, zur Sonntagsarbeit und zur Lage des Handwerks. Am Anfang dieser Entwicklung

steht jedoch die in Vergessenheit geratene Pionierarbeit der Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse im Königreich Sachsen.

Zur Vorgeschichte

Die ökonomische Entwicklung Sachsens seit dem Erlaß der General-Innungsartikel im Jahre 1780 ist durch eine zunehmende Spannung zwischen der alten zünftischen und der aufkommenden industriellen bzw. großgewerblichen Produktionsweise gekennzeichnet³. Der in den Wettiner-Landen schlummernde „Prometheus“ wurde weder von der physiokratischen Muse wachgeküßt, noch von den Rauchzeichen aus den englischen „Midlands“ geweckt. Unser Heros wurde auch nicht durch NAPOLEON aufgerüttelt oder durch heimische Reformen in Anlehnung an STEIN und HARDENBERG entfesselt. Die „Industrielle Revolution“ brach sich trotz Zunftzwang und Korporationsverfassung Bahn. Die zaghaften 1809 gestarteten, 1816 eingemahnten und 1826 erneuerten Versuche, die Gewerbefreiheit einzuführen, verliefen im Sande.

Der Entwurf eines Gesetzes über das Gewerwesen, das die Unsicherheiten beseitigen und feste Grundsätze für Verleihungen schaffen sollte, blieb trotz der politischen Veränderungen seit 1830 auf der Strecke. Obwohl die zweite Kammer für eine völlige Liberalisierung plädierte, zog die Regierung ihr Vorhaben zurück, da ihr, wie sie bereits in den Gesetzesmotiven erklärt hatte, eine „plötzliche gänzliche Aufhebung der bisher gewohnten Formen als unthunlich“⁴ erschien. Der Übergang erfolgte im wesentlichen durch administrative Maßnahmen seitens engagierter Kreishauptleute, wie E. VON ZEJSCHWITZ und CARL A. W. E. VON WIETERSHEIM, der nicht nur in zahlreichen Memoranden für umfassende Reformen votierte, sondern auch mit eigenen Mitteln lokale Gewerbeförderung betrieb und private Reisen für Industriespionage nutzte.

Der Anschluß an den Zollverein begünstigte zunächst den Prozeß der Umgestaltung. Das Elend der Spinner und Weber im Erzgebirge, die wie ihre schlesischen Brüder im Kampf gegen das Maschinenwesen auf der Strecke blieben, und die ab 1845 hereinbrechende Krise verschärfte jedoch die Spannungen. Am Vorabend der Märzrevolution herrschten trostlose Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit war dramatisch angewachsen, die Bevölkerung hungerte und der Zusammenbruch der Nachfrage trieb hoffnungsvolle Unternehmen in den Bankrott. Mit der Bewältigung der schwierigen Lage waren der Geheime Rat im Innenministerium KARL LUDWIG KOHLSCHÜTTER und sein Kollege ALBERT CHRISTIAN WEINLIG betraut.⁵ Ende März 1848 arbeiteten sie gemeinsam einen Vorschlag aus, wie die aufgeregten Gemüter beruhigt, dem Notstand mit Palliativ-Mitteln begegnet und Maßregeln für eine dauerhafte Abhilfe durch Umgestaltung der politischen Verhältnisse gefunden werden könnten.⁶ Ein Zeichen

des guten Willens sollte der Bevölkerung signalisieren, daß ihren Wünschen und Sorgen künftig Rechnung getragen werde.

Am 3. April 1848 forderte der neu berufene Staatsminister MARTIN OBERLÄNDER die Öffentlichkeit zur Bildung einer Kommission auf, die sich der „zeitgemäßen Umbildung und Gestaltung aller unserer gewerblichen Verhältnisse und der äußeren und inneren Bedingungen derselben“ zu widmen hätte. Ihr sollten nicht nur Räte und Mitarbeiter der Ministerien, sondern auch Männer mit Sachkenntnis, die vom Vertrauen des Volkes getragen werden, angehören. „Die erste Aufgabe dieser Kommission wird die Beschaffung des Materials, die Sammlung der Unterlagen sein, auf welche sich die vorzuschlagenden Maßregeln gründen sollen. Zu diesem Ende ... wird vor allen Dingen zu Bildung von Ausschüssen im ganzen Lande aufgefordert werden. Die Wahl soll ganz frei sein, ... es sollen aber besondere Ausschüsse aus den Arbeitern, Gesellen, Gehülfen und besonders aus den Meistern, Fabrikanten u.s.w. gewählt werden und zwar wieder so, daß eine Trennung der zünftigen Gewerbe, der unzüftigen Gewerbe und der Fabrikgewerbe stattfindet.“⁷

Während sich zunächst rund 750 Ortsausschüsse auf lokaler Ebene bildeten, trat vom 29. Mai bis 3. Juni 1848 eine „vorbereitende Kommission“ in Dresden zusammen, um über organisatorische Vorschläge für die künftige Arbeit zu beraten. Um die Kommunikation mit den lokalen Ausschüssen in die gewünschten Bahnen zu lenken und die Erstellung von Berichten bis 31. Juli 1848 zu beschleunigen, wurden 384 „Fragepunkte“ aufgelistet⁸, welche folgende Gegenstände umfaßten:

- I. Verwaltung, Vertretung und Rechtspflege der Industrie und des Handels
- II. Freizügigkeit, Staatsbürger- und Heimatsrecht, Niederlassung
- III. Gewerbeverfassung
- IV. Das Innungswesen im Allgemeinen und der Handwerksbetrieb insbesondere
- V. Die Fabrikindustrie und das Maschinenwesen
- VI. Die Hausindustrie
- VII. Lohn- und Arbeitsverhältnisse
- VIII. Concurrenz- und Absatzverhältnisse
- IX. Einflußreiche Faktoren auf Industrie und Handel
- X. Indirecte Erleichterungen und Erschwerungen der Industrie und des Handels
- XI. Deutsche Industrie- und Handelspolitik
- XII. Erschaffung, Belebung und Pflege der Industrie und des Handels
- XIII. Wohlfahrtseinrichtungen in Industrie und Handel
- XIV. Lebensmittel Betreffendes
- XV. Historisches und Statistisches über Industrie und Handel.

Nach dem Willen der vorbereitenden Kommission sollten die eingehenden Berichte

in sechs aus abgeordneten und zugewählten Mitgliedern zusammengesetzten Abteilungen gesammelt und geprüft werden:

1. Abt.: Handwerksmeister (zünftige und unzünftige);
2. Abt.: Gesellen und Gewerbsgehülfen, der unter 4 und 6 nicht begriffenen Gewerbe;
3. Abt.: Inhaber von Fabrikhandelsgeschäften und Faktore (Arbeitgeber der Hausindustrie);
4. Abt.: Arbeiter der Hausindustrie (die Meister der Weberei, Strumpfwirkerei u.s.w. gleichviel ob zünftig oder nicht);
5. Abt.: Inhaber geschlossener Etablissements (Fabrikanten im engern Sinne);
6. Abt.: Arbeiter geschlossener Etablissements (Fabrikarbeiter).

Ferner wurde die Bildung einer 7. sogenannten gemischten Abteilung zur Behandlung allgemeiner Fragen und einer 8. für den Handel empfohlen. An der Spitze einer Abteilung sollten ein Vorsitzender und ein Berichterstatter stehen, der das Material zu ordnen und im Wege der Korrespondenz mit den Lokalaussschüssen zu vervollständigen habe. Die Kommissionsmitglieder könnten Befragungen am Ort und die Anhörung Sachverständiger verlangen. Die Expertisen seien dem Plenum zur Beschlußfassung vorzulegen und in einen Gesamtbericht aufzunehmen, der sich auf den gegenwärtigen Zustand der gewerblichen Wirtschaft, seine Mängel und Gebrechen sowie auf konkrete Abhilfen konzentrieren solle. Die Realisierung der Vorschläge müsse jedoch den gesetzgebenden Organen und der Regierung vorbehalten bleiben.

Trotz der kurzen Fristen konnte sich die Kommission am 7. August 1848 in Dresden konstituieren. Ihr gehörten aber nicht nur bekannte Persönlichkeiten aus Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst an, erstmals kamen auch einfache Handwerker, Arbeiter, Gesellen und Heimgewerbetreibende zu Wort. Ein kleiner Streifzug mag dies belegen: Zum Präsidenten der Kommission wurde FRANZ XAVER REWITZER, Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und Vorsitzender der 2. Kammer des Landtags gewählt. Als Vizepräsidenten fungierten der Professor der Technologie und Volkswirtschaftslehre JULIUS AMBROSIOUS HÜLSSE und der Dresdner Stadtrat und Kürschnermeister GUSTAV KLETTE. Als weitere Mitglieder sind FRIEDRICH GEORG WIECK, der Herausgeber des „Sächsischen Gewerbe-Blattes“, und der Professor für Ingenieurwissenschaften JOHANNES ANDREAS SCHUBERT hervorzuheben.⁹

In der Liste der zünftigen und unzünftigen Gesellen sowie der Fabrikarbeiter finden wir eine Reihe bekannter Namen, die in der Geschichte der Arbeiterverbrüderung eine Rolle spielen, wie aus Leipzig den Buchdruckergehülfen und Redakteur der Arbeiterzeitung OSKAR SKROBEK, den Schlosser KARL FRIEDRICH HAMPEL, den Schuh-

her GUSTAV ROSENBERG, den Tischler KASPER KIRSINGER, den Mauter JOHANN PETTAG, ferner den Dresdner Schneidergesellen AUGUST TIRNSTEIN¹⁰ sowie den Chemnitzer Maschinenschlosser HUSTIG. Aus dem Kreis der Inhaber geschlossener Etablissements sind der Buchdruckereibesitzer RAIMUND HÄRTEL aus Leipzig und der Eisenhüttenbesitzer HUGO VON QUERFURT anzuführen. Erwähnung verdienen neben dem Leiter des Büros der Kommission WEINLIG auch dessen Sekretäre und Mitarbeiter, denen die Zusammenstellung und Auswertung der Antworten auf die Fragebögen sowie der sonstigen Eingaben oblag: ERNST ENGEL, der bekannte Statistiker, der 1860 in preußische Dienste wechselte, und AUGUST ROBERT HEYM, ab 1850 Sekretär der Handelskammer in Brünn sowie der Redakteur der Veröffentlichungen der Mitteilungen und Berichte EDUARD GOTTWALD.

Nach fünf öffentlichen Sitzungen, deren Protokolle in Gestalt der „Mittheilungen über die Verhandlungen der Commission ...“, Nr. 1–5, gedruckt vorliegen, wurden die Beratungen in die Abteilungen verlagert. Bis zum 31. 12. 1848 gelangten 1088 Eingaben an die Kommission, bis zum 31. 12. 1849 folgten weitere 798¹¹. Als Verfasser scheinen zum Teil adhoc gebildete Ausschüsse, zumeist jedoch Zünfte und Innungen, zum Teil aber auch bekannte Persönlichkeiten wie DUFOUR-FÉRONCE, GUSTAV HARKORT, LOUISE PETERS, Prof. HÜLSSE, Dr. MEISSNER, ROBERT HEYM, OSKAR SKROBEK sowie jede Menge Pfarrer und Pastoren auf.

Die Antworten und Eingaben wurden zunächst zusammengestellt und als „Historische Berichte“ veröffentlicht: ein „Inventar“ der industriellen Zustände Sachsens und eine einzigartige Quelle zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im Vormärz.¹²

Am 12. April 1849 trat das Plenum erneut zusammen, um über die einzelnen Berichte zu debattieren und abzustimmen. Die Protokolle dieser Sitzungen wurden als „Mittheilungen ... Neue Folge“ publiziert, wobei mir bisher 12 Nummern bekannt geworden sind, welche die Verhandlungen bis zum 5. Mai 1849 umschließen. Die Kommission scheint danach wohl wegen der revolutionären Ereignisse in Dresden nicht mehr öffentlich getagt zu haben. Das Bureau setzte jedenfalls seine Tätigkeit bis Ende 1850 fort.¹³ Was genau geschehen ist, läßt sich nach Lage der Akten mangels Überlieferung nicht mit Sicherheit sagen. Obwohl ich seit mehreren Jahren bestrebt gewesen bin, die Materialien der Kommission in den Beständen des Staatsarchivs Dresden aufzuspüren, konnte ich bisher nur punktuelle Funde machen. Die Masse der Akten harret noch auf ihre Entdeckung. Möglicherweise sind sie im Gebäude des „Statistischen Bureaus“, dem ENGEL von 1850 bis 1859 als Direktor vorstand, im Jahre 1945 vernichtet worden.

Ausstrahlung und Resonanz¹⁴

OBERLÄNDERS Aufforderung zur Bildung von Ausschüssen erregte großes Aufsehen.

Das Außenministerium wurde mit diplomatischen Anfragen bestürmt, Exemplare der Fragepunkte und der Mitteilungen gingen nach Frankfurt am Main und an fast alle deutschen Regierungen und Parlamente. Ähnliche Kommissionen wurden unter Hinweis auf die sächsische Initiative in Preußen unter dem Vorsitz von SCHULZE-DE-LITZSCH, in Nassau, in der Rheinprovinz, in Baden und Württemberg ins Leben gerufen. Der gewerbliche Mittelstand – von der Wirtschaftskrise gebeutelt und von Proletarisierungssängsten geplagt – nutzte den neuen politischen Handlungsspielraum. Alle Möglichkeiten der Interessenartikulation wie Massenversammlungen, Bildung von Vereinen, Veranstaltung von Kongressen, Einbringung von Petitionen und Gründung von Zeitungen etc. wurden voll ausgeschöpft. Dabei konnten sich die Gesellen erstmals aus der Bevormundung durch die Meister lösen und die Brücke zu den Fabrikarbeitern und Tagelöhnern schlagen.

„Organisation der Arbeit“, „Schutz der Nahrung“, „Aufhebung der Gewerbefreiheit“, „genossenschaftliche Selbsthilfe“ und „Recht auf Arbeit“ waren die Losungen. MARTIN MAY, Frankfurter Metzgermeister und Präsident des Handwerkerkongresses, und GEORG SCHIRGES, Herausgeber des „Allgemeinen Deutschen Gewerbe-Blattes“ koordinierten die Aktionen. Die Befürworter einer Liberalisierung im volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung und in den Territorien gerieten in die Defensive. Der Erfolg der Handwerkerbewegung schien zunächst durchschlagend zu sein. Nassau und Preußen kehrten binnen Jahresfrist zur Innungsverfassung zurück, Bayern erschwerte die Konzessionserteilung, Sachsen und Österreich änderten unter dem Eindruck der Klagen und Beschwerden, wie sie von der Kommission für Erörterung der Gewerbe- und Arbeitsverhältnisse erhoben wurden, ihre Wirtschaftspolitik.

Die Bedeutung der Dresdner Verhandlungen für die Donaumonarchie läßt sich an einer Schrift ablesen, die im September 1849 in Wien erschienen ist: „Ein Beitrag zur Organisation des Gewerbesens“. Als Verfasser firmierte Ministerialrat Dr. SIEGFRIED BECHER, dem von den Märzereignissen begünstigt eine steile Karriere von Hofkonzipisten zum Generalsekretär des neu gegründeten Handelsministeriums und Vertreter der Minister DOBLHOFF und HORNBOSTEL in der Funktion eines Sektionschefs geglückt war. Seine Schrift faßt nach eigener Aussage die Erfahrungen zusammen, die er auf Reisen im Auftrag des seit November 1848 amtierenden Ministers VON BRUCK in mehreren deutschen Ländern gesammelt hatte. Ende 1850 konnte er der Öffentlichkeit eine umfangreiche Fortsetzung mit dem Titel: „Die Organisation des Gewerbesens“ präsentieren. BECHER nennt als wesentliche Quelle seiner Überlegungen die „ausführlichen und interessanten Berichte, so wie die darin ausgesprochenen Prinzipien“ der sächsischen Kommission. „Sie liefern ein sehr reiches Material zur verständigen Beurteilung der so wichtigen Gewerbe-Organisation, sie

erleichtern die Auffassung der Gebrechen in der Leitung aller gewerblichen Zustände, sie liefern die Anhaltspunkte zu dem zeitgemäßen Neubau im Gewerwesen, zur Einführung der damit engverknüpften Institute für die Verwaltungs- und Rechtspflege in allen industriellen Angelegenheiten.“¹⁵

Diese Wertschätzung, die sich durch zahllose Zitate aus der zeitgenössischen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik beliebig vermehren ließe, steht in merkwürdigem Gegensatz zur Bekanntheit dieser ersten Enquête zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der in Handel, Gewerbe und Industrie Beschäftigten. Zwar stößt man in den gewichtigen Werken von RUDOLPH STRAUSS¹⁶, ROLF WEBER¹⁷, RUDOLF FORBERGER, HANS-JÜRGEN TEUTEBERG¹⁸, ALBERT ZU SACHSEN, HARTMUT ZWAHR¹⁹, HUBERT KIESEWETTER und in einer Reihe von Biographien²⁰ auf Spuren dieses Mammutunternehmens,²¹ eine umfassende Auswertung des gigantischen Materials durch die moderne Sozial- und Geschichtswissenschaft ist bisher nicht erfolgt. Ein kaum erschlossener Schatz harret der Entdeckung.

Politische Bedeutung und Bewertung

RUDOLPH STRAUSS und ROLF WEBER haben in ihren Studien über Chemnitz bzw. die Revolution 1848/49 die ambivalente Rolle der Kommission aus der Perspektive der sich formierenden Arbeiterbewegung hervorgehoben: „So hoch“ ... „die fortschrittlichen und gebildeten Arbeiter anfangs ihrer Erwartungen gespannt haben mochten, die Ernüchterung war später nur umso größer. Sie sahen sich genasführt, getäuscht, verraten“, urteilt STRAUSS und ergänzt, daß es „kein geeigneteres Verfahren geben konnte, die unruhigen Arbeiter theoretisch mit Problemen zu beschäftigen“, „von den unmittelbaren Tagesfragen abzulenken und ihren Eifer abzukühlen.“²² WEBER sieht in der Arbeiterkommission ein „ausgeklügeltes demagogisches Manöver“ mit dem Ziel, „die Arbeiter in die Fänge der liberalen Bourgeoisie zu treiben.“²³ Diesen kritischen Tönen stehen jedoch erstaunlich positive Einschätzungen gegenüber. Man dürfe – so STRAUSS – die „andere Seite nicht übersehen“. Denn die Fabrikarbeiter, bis dahin im Wirtschaftsleben wie im politischen Leben vollständig rechtlos, wurden „jetzt plötzlich von obrigkeitlichen Wegen um ihre Meinung gefragt über Einrichtungen, die ihnen sehr nahe gingen.“ Dialektisch geschult stellt sich ihm dann folgende Frage: „Mußte diese überraschende Wendung nicht das Selbstbewußtsein der Arbeiter, ihr Klassenbewußtsein, kräftig erhöhen?“²⁴

WEBER merkte gleichfalls an, daß der „spontane Ökonomismus eine große mobilisierende Wirkung auf die Arbeiterschaft ausgeübt habe“ ... „Durch das Bestreben, selbst in irgendeiner Form zur Verbesserung der Lebenslage beizutragen, wurden die Arbeiter zum Zusammenschluß, zur Bildung eigener Verbindungen veranlaßt, in denen sich ein bedeutendes Moment der Konstituierung der Arbeiter als Klasse wi-

derspiegelte.“ ... „Wenn auch längst nicht aus allen der auf Grund der Regierungsbekanntmachung vom 3. April zustande gekommenen lokalen Arbeiterausschüssen dauerhafte organisatorische Gebilde hervorgingen, so leiteten doch viele sächsische Arbeitervereine von diesem Ausgangspunkt ihr Entstehen ab.“²⁵

Diese bemerkenswerten Einschätzungen zum Wirken der Kommission legen natürlich die rhetorische Frage nach der „objektiven“ Rolle der Wettiner bzw. ihrer Beamten nahe: Waren sie die Geburtshelfer und Paten der sächsischen Arbeiterbewegung? Stand Kronprinz JOHANN an der Wiege des „roten Königreiches“? Mußten sich BEBEL und LIEBKNECHT als „königlich-sächsische Sozialisten“ fühlen?

Wem diese Folgerungen zu bizarr erscheinen, der möge mit mir die verhängnisvolle Suche nach den dumpfen Anfängen und verborgenen Wurzeln verlassen und eine nüchterne Bestandsaufnahme versuchen. Worin liegt die rechts-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung der ersten Enquête zur sozialen Lage in Deutschland?

1. Im Frühjahr 1848 wurden weite Kreise der Bevölkerung von einer ungeheuren Politisierung erfaßt. Erstmals in der deutschen Geschichte können sich Kleingewerbetreibende, Gesellen und Arbeiter, Gesinde und Tagelöhner, ja sogar ungebildete Männer und Frauen, frei zu Wort melden und auf ihre Notlagen und Wünsche aufmerksam machen.
2. Die Klagen der Handwerker bestimmen das Bild. Die Gesellen und Fabrikarbeiter können sich nur langsam und vereinzelt aus der organisatorischen Verflechtung und ideologischen Bindung mit den Zunftmeistern lösen. Im Kampf gegen die Gewerbefreiheit, gegen Industriesystem und Kapitalismus stehen sie Seite an Seite.
3. Versammlungsberichte, Kongreßprotokolle, Petitionen und nicht zuletzt die Publikationen der sächsischen Kommission stellen bisher kaum genutzte „authentische Quellen“ für die historische Forschung in all ihren Subdisziplinen dar. Für die Arbeitsrechtsgeschichte ist die breite Dokumentation gesetzlicher Rahmenbedingungen, der Abdruck von Fabrikordnungen, Entlohnungsschemata, der Satzungen von Kranken- und Sterbekassen ebenso bedeutsam wie der Kampf gegen das Trucksystem, gegen Kinder- und Frauenarbeit sowie für die Errichtung von Gewerbegerichten und für die betriebliche Mitbestimmung durch Arbeiterausschüsse.
4. Wir müssen aber auch lernen, dieses Material „gegen den Strich“ zu lesen. Wenn sich die Zunftgenossen über bestimmte Praktiken ihrer Regierungen bzw. der Verwaltung beschwerten, so kann sich hinter den angeprangerten „Schikanen“ jene Strategie der Behörden verbergen, mit deren Hilfe wirtschaftspolitische Weichenstellungen in Richtung Liberalisierung und Deregulierung gelungen sind. Das sächsische Paradoxon einer Industrialisierung trotz Zunftverfassung und Städtezwang könnte auf diese Weise erklärt werden.

5. Die Arbeit der Kommission verdient aber in jedem Fall das Prädikat moderner Verwaltung und Herrschaftsausübung, eine Pionierleistung und adäquate Reaktion auf die immensen Probleme, welche durch den grundstürzenden gesellschaftlichen Wandel im Zeichen von Kommerzialisierung und Industrialisierung ausgelöst worden sind.
6. Wer nur das Proletariat oder den „Vierten Stand“ bzw. dessen „fortschrittlichste Teile“ im Blick hat, verkennt das Ausmaß der sozialen Erschütterungen und das Gewicht der verschiedenen Bewegungen in allen Schichten der Bevölkerung. Er kann aber auch nicht die divergierenden Organisationsbestrebungen und Aktionsbündnisse gerecht beurteilen.²⁶ Viele Verhaltensweisen und Kampfformen sind immer noch durch die Zunfttradition bestimmt.
7. Die kurzfristig erfolgreichen Forderungen nach einer Wiederbelebung der Korporationsverfassung sollten nicht als reaktionäre Antworten auf eine Modernisierungs- bzw. Strukturkrise abgetan werden. Denn die historische Demographie hat gezeigt, daß die über Jahrhunderte bewährten Strategien, Haushaltseinkommen und Reproduktion im Gleichgewicht zu halten, keineswegs von der Realität der Bevölkerungsentwicklung überholt waren. Die Entscheidung für oder gegen Selbständigkeit, Heirat und Familiengründung blieb trotz Aufhebung vieler Beschränkungen weiterhin traditionell bestimmt.²⁷

Ausblick

Die umfangreichen Arbeiten der Kommission zeitigten entgegen der Auffassung von STRAUSS auch konkrete Ergebnisse. WEINLIG verwertete seine Erfahrungen im 1857 publizierten Entwurf einer Gewerbeordnung. Der Vorschlag ist von dem Versuch getragen, die Innungen wieder zu beleben und den Assoziationsgeist zu fördern. Selbst in der Hausindustrie sollen Genossenschaften gebildet und Krankenpflege- und Unterstützungskassen in allen Gewerbebezügen errichtet werden. Besonderes Augenmerk ist dem Fabrikbetrieb gewidmet. Der Unternehmer hat eine Haus- bzw. Arbeitsordnung zu erlassen, die eine Reihe sozialer Mindeststandards vorsehen muß, um die behördliche Sanktion zu erhalten.

Als der Text im Druck erschien, hatte sich der Zeitgeist radikal gewandelt. Der Wirtschaftsliberalismus befand sich konjunkturell begünstigt auf einem einzigartigen Siegeszug. Innerhalb nur eines Jahrzehnts wurde die Zunftverfassung in ganz Deutschland liquidiert.²⁸ Der politische Anstoß kam erstaunlicherweise aus dem rückständigen Österreich. Das neoabsolutistische Regime war angesichts einer verheerenden Finanzkrise gezwungen, Zugeständnisse an die bürgerliche Opposition zu machen. Im Herbst 1855 arbeitete der neue Handelsminister TÖGGENBURG den Entwurf einer Gewerbeordnung aus, der ganz dem Wirtschaftsliberalismus verpflichtet war. Sein

Vorstoß fand ungeheuren Widerhall und rasch Nachahmung. Die in den sächsisch-thüringischen Staaten, in Bayern, Baden und Württemberg in der Folge erlassenen Gewerbeetze lehnten sich mehr oder weniger eng an das österreichische Vorbild aus dem Jahre 1859 an. Das königlich sächsische Gewerbegesetz vom 15. 10. 1861 enthielt darüberhinaus eine Reihe von Bestimmungen zum Schutz des gewerblichen Hilfspersonals, die sozialpolitische Pionierleistungen darstellten, wie die Aufhebung der Koalitionsverbote, die Einführung von Gewerbegerichten und Verpflichtung der Fabrikunternehmer zum Erlaß von Arbeitsordnungen unter obrigkeitlicher Kontrolle. Viele dieser Bestimmungen hatten jedoch nur kurze Zeit Bestand. 1869 wurde die Übernahme preußischer Regelungen in Gestalt der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund erzwungen, ein Rückschritt, der nicht nur hoffnungsvolle Ansätze, wie die Bildung von Arbeiterausschüssen und deren Beteiligung bei der Gestaltung betrieblicher Regelungen, zunichte machte, sondern auch die Weiterentwicklung eines zeitgemäßen Arbeiterschutzes bis in die neunziger Jahre blockierte.²⁹ Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nunmehr von oben und mit „eiserner Hand“ gemacht.³⁰ Für die Vorstellungen und Wünsche der Betroffenen herrschte wenig Interesse. Die Ergebnisse der ersten Enquête zur sozialen Lage in Deutschland gerieten damit in Vergessenheit.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Siemann, Wolfram: Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik: die Anfänge parlamentarischer und administrativer Enquêtes in Deutschland, in: Heyen, E.V. (Hrsg.): Formation und Transformation des Verwaltungswissens in Frankreich und Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 293–311
- 2 Vgl. Ruach, John: Social Reform in England 1780–1880, London 1978 m. w. N.
- 3 Vgl. dazu Kiesewetter, Hubert: Industrialisierung und Landwirtschaft, Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß, Köln-Wien 1993; Herzog zu Sachsen, Albert: Die Reform der sächsischen Gewerbegesetzgebung (1840–1861), phil. Diss. München 1970; Forberger, Rudolf: Die Industrielle Revolution in Sachsen 1800–1861, Band I, Berlin 1982
- 4 Zitiert nach Horster, Paul: Die Entwicklung der Sächsischen Gewerbeverfassung (1780–1861), Heidelberg 1907, S. 55
- 5 Zur Biographie vgl. Domsch, Paul; Albert Christian Weinlig, Chemnitz 1912; Moltke, Siegfried/Sieda, Wilhelm (Hrsg.): Albert Christian Weinlig in Briefen von ihm und an ihn, Leipzig 1931; Bräuer, Karl: Albert Christian Weinlig, in: Sächsische Lebensbilder, 3. Bd., Leipzig 1941, S. 363–421
- 6 StAD. M.d.I. Nr. 1336a
- 7 Die Bekanntmachung ist abgedruckt im Bericht über die Beratungen der vorbereitenden Kommission für Erörterung der Gewerbs- u. Arbeitsverhältnisse in Sachsen, Dresden 1848, S. 8f.
- 8 Fragepunkte für die Ausschüsse der Gewerbebetreibenden und Arbeiter, Dresden 1848
- 9 Die Wahl der Abteilungsversitzenden und der Berichterstatter zeigte folgendes Ergebnis:
1. Abt.: Klette und Kupferschmiedemeister König aus Chemnitz;
2. Abt.: Schlossergesell Hampel aus Leipzig und Schriftsetzer Pohle aus Dresden;
3. Abt.: Kaufmann Böhler aus Plauen und Kaufmann Wehner aus Lichtenstein;
4. Abt.: Posamentiermeister Graefe aus Annaberg und Webermeister Uhlig aus Plauen;
5. Abt.: Orleansfabrikant Scharf aus Zwickau und Prof. Hülße aus Chemnitz;
6. Abt.: Maschinenarbeiter Schneider aus Oberschlema und Buchdruckergehülfe Skrobek aus Leipzig;

7. Abt.: Prof. Hülße und Friedrich Georg Wleick;
8. Abt.: Kaufmann C. O. Gruner aus Leipzig und Kaufmann Schramm aus Dresden.
- 10 Vgl. Zeise, Roland: Zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869, in: Dresdner Hefte 3/85, S. 9–19
- 11 Von diesen 1974 Berichten, Petitionen, Stellungnahmen udgl. betrafen 1286 die 1., 198 die 2., 54 die 3., 138 die 4., 47 die 5., die 54 die 6., 65 die 7. und 39 die 8. Abteilung. Weitere 93 gingen an die außerordentliche Abteilung über „Gewerbebetriebe, Handelskammern und Gewerbegerichte“, welche zusätzlich mit Weinlig als Referenten und allen Abteilungsvorsitzenden und Berichterstattern als Mitglieder gebildet worden war.
- 12 Die Darstellung folgt dem Schematismus der „Fragepunkte“, wobei anzumerken ist, daß mit bisher 564 Seiten bekannt geworden sind, die Hauptabschnitte I bis IX umfassend. Da im Vorwort darauf hingewiesen wird, daß die Aspekte des Handels (Hauptabschnitte X bis XV) in diese Berichte eingearbeitet worden sind, ist davon auszugehen, daß der historische Teil komplett vorliegt.
- 13 Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Abteilungsberichte unter der Leitung von Ernst Engel, dem Nachfolger Weinligs, publiziert, und zwar auf 548 Seiten
- 14 Vgl. zum Folgenden Steindl, Harald: Die Einführung der Gewerbefreiheit, in: Coing, Helmut (Hrsg.): Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, III. Band, 3. Teilband, München 1986, S. 3527–3610; Simon, Manfred: Handwerk in Krise und Umbruch, Köln-Wien 1983, S. 174ff.
- 15 Becher, Ein Beitrag ..., S. III
- 16 Strauß, Rudolph: Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1960
- 17 Weber, Rolf: Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin 1970
- 18 Teuteberg, Hans-Jürgen: Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Tübingen 1961
- 19 Zwahr, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse, Berlin 1978
- 20 Vgl. Anm. 6 sowie Weichhold, Arthur: Johann Andreas Schubert, Leipzig-Jena 1968
- 21 Die gewaltige Aufgabenstellung – wohl einer der Hauptgründe des Scheiterns – läßt sich nur mit dem Wirken des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der am 15. April 1926 (RGBl. 1926, S. 195ff.) eingesetzt worden ist, vergleichen.
- 22 Strauß, Rudolph: Die Lage ..., a. a. O., S. 256f.
- 23 Weber, Rolf: Die Revolution ..., a. a. O., S. 70
- 24 Strauß, Rudolph: Die Lage ..., a. a. O., S. 257
- 25 Weber, Rolf: Die Revolution ..., a. a. O., S. 78
- 26 Vgl. dazu Steindl, Harald: Die Verhandlungen des ersten Kongresses der Arbeitervereine zu Berlin vom 18. bis 20. Juni 1848. Ein Fundbericht, in: IWK 1989, S. 556–562. In diesem Zusammenhang ist einerseits an die Rolle von Stephan Born sowie an dessen Verhältnis zu Karl Marx zu erinnern, der nicht an der Gründungsversammlung der Arbeiterverbrüderung teilgenommen hat, obwohl er sich am 26. 8. 1848 in Berlin aufgehalten hat. Andererseits ist hervorzuheben, daß die Handwerkerbewegung im „Allgemeinen Deutschen Verein zum Schutze der Vaterländischen Arbeit“ auch organisatorisch aufgegangen ist.
- 27 Vgl. dazu die Forschungen von Mitterauer und Ehmer
- 28 Nachweise bei Steindl, Harald: Die Einführung ..., a. a. O.
- 29 Vgl. dazu Steindl, Harald: Die Einführung ..., a. a. O. und Teuteberg, Hans-Jürgen: Geschichte der industriellen ..., a. a. O., und Herzog zu Sachsen, S. 900ff.
- 30 Vgl. Steindl, Harald: Dem Arbeiter ein „peculium“ – Ein Rückblick auf die Anfänge der Sozialversicherungsgesetzgebung, in: Juristische Schulung 1981, S. 871–875.

DRESDNER HEFTE